



Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt

Berlin (ADN). Wie der Sprecher des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten mitteilte, sind die ehemaligen Bürger der DDR, die sich rechtswidrig in den Botschaften der BRD in Prag und Warschau aufhielten, über die Deutsche Demokratische Republik in Zügen der Deutschen Reichsbahn in die BRD abgeschoben worden. Die DDR sah sich dazu aus humanitären Gründen veranlaßt angesichts der in den BRD-Vertretungen entstandenen unhaltbaren Situation, die beim eventuellen Ausbruch von Seuchen auch Menschen der betreffenden Länder bedroht hätte. Daran hätte auch die Tatsache nichts geändert, daß die entstandene Situation nicht durch uns verschuldet war, sondern durch die BRD auf Grund der Verletzung der völkerrechtlichen Normen für Botschaften. Diese können in Europa kein Asyl gewähren.

Hinzu kommt, daß die Bonner Regierung – wie in einer Dokumentation der DDR belegt wurde – seit Wochen die völkerrechtswidrige Anmaßung einer sogenannten Obhutspflicht für alle Deutschen, die heute in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 leben, praktiziert. Davon sind besonders die Volksrepublik Polen, die Sowjetunion und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik berührt. Die BRD ignoriert die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, die in der Nachkriegsentwicklung entstandenen Realitäten und verletzt den zwischen beiden souveränen deutschen Staaten abgeschlossenen Grundlagenvertrag wie auch die im Gemeinsamen Kommuniqué zwischen Erich Honecker und Helmut Kohl enthaltenen Grundsätze über die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD.

Zügellos wird von Politikern und Medien der BRD eine stabsmäßig vorbereitete „Heim-ins-Reich“-Psychose geführt, um Menschen in die Irre zu führen und auf einen Weg in ein ungewisses Schicksal zu treiben. Das vorgegaukelte Bild vom Leben im Westen soll vergessen machen, was diese Menschen von der sozialistischen Gesellschaft bekommen haben und was sie nun aufgeben. Sie schaden sich selbst und verraten ihre Heimat.

Nun werden einige Bürger der DDR an uns mit Recht die Frage stellen, warum wir diese Leute

über die DDR in die BRD ausreisen lassen, obwohl sie grob die Gesetze der DDR verletzen. Die Regierung der DDR ließ sich davon leiten, daß jene Menschen bei Rückkehr in die DDR, selbst wenn das möglich gewesen wäre, keinen Platz mehr im normalen gesellschaftlichen Prozeß gefunden hätten. Sie haben sich selbst von ihren Arbeitsstellen und von den Menschen getrennt, mit denen sie bisher zusammen lebten und arbeiteten. Bei jeder Verantwortung handelten Eltern auch gegenüber ihren Kindern, die im sozialistischen deutschen Staat wohlbehütet aufwuchsen und denen alle Kindereinrichtungen, alle Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten offenstanden. Jene Leute hätten auch Schwierigkeiten bekommen, neue Wohnungen zu erhalten, da diese natürlich für andere Bürger vorgesehen sind. Vorzugsbehandlung konnten sie in der DDR nicht erwarten. Hinzu kommt, daß sich nach bisherigen Feststellungen unter diesen Leuten auch Asoziale befinden, die kein Verhältnis zur Arbeit und auch nicht zu normalen Wohnbedingungen haben.

Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen. Wie es ihnen drüben ergeht, zeigen jetzt schon einige Berichte aus der BRD. Einige wurden bereits aus Arbeitsstellen entlassen, weil sie während der Arbeit Besorgungen machen wollten. In einem Autowerk hat man eine Frau ausgelacht, weil sie für ihre Kinder Kindergartenplätze beantragte. Arbeiter haben ihr zugerufen, sie verwechsle die BRD mit der DDR. Wäre sie dort geblieben, brauchte sie sich jetzt keine Sorgen um Kindergartenplätze zu machen. Doch wie viele Schicksale bleiben im Dunkeln, wenn erst einmal die Fernscheinscheinwerfer abgeschaltet sind. Die heuchlerischen Erklärungen Bonner Politiker, ihre unverhohlenen Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen, der großdeutsche nationalistische Rummel, den sie veranstalten – dies alles läuft nur auf Konfrontation hinaus und schadet einer vernünftigen Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten, was den Interessen der Menschen, ja den Interessen Europas zuwiderläuft.

[Quelle: Neues Deutschland, 2.10.1989.]